

EU mit außenpolitischer

Neuorientierung?

Hamas als Testfall...

Fritz W. Peter

Gliederung:

1. *Europas politische Inkonsequenz
schadet den moderaten Kräften
in Nahost und Iran! (S. 3/4)*
Anlage A
„Das Wort des Ministers“ (S. 5/6)

2. *Der Beginn einer rationalen
und konsequenten Politik? (S. 7)*
Anlage B
dpa: „Steinmeier...“ (S. 8)

3. *Ergänzende Kommentare
in:*
Anlage C
SWC-Unterschriften-Aktion (S. 9/10)
Anlage D
Charles Krauthammer (S. 11/12)

4. *Titelhinweise (S. 13)*

1. Europas politische Inkonsequenz

schadet den moderaten Kräften in Nahost und Iran

Fritz W. Peter, Febr. 06

Die Öffentlichkeit wird jetzt verfolgen können, ob die Hamas verhandlungsfähig werden will und kann. Ebenso wird man sehen, ob Europa die palästinensische Autonomiebehörde auch dann mitfinanzieren wird, wenn die regierende Hamas weiterhin ungezügelt ihr Ziel der Vernichtung Israels proklamiert. Bisher hat die Außenwelt mehr als eine Milliarde Euro jährlich nach Palästina transferiert, trotz der Hetze, der Militanz und der Terroranschläge, die von dortigen islamistischen politischen Kräften, Milizen und Basen ausgingen. Hamas stellt jetzt die Regierung, steht jetzt in der Verantwortung, der sie vermutlich ebenso wenig gerecht werden wird wie zuvor Arafat und die Fatah. Aber sie kann auch den Gegenbeweis antreten. Durch klare Positionierung und Sprache hat Europa ein weiteres Mal die Chance, den Lernprozess auf palästinensischer Seite zu fördern. Zuvor müssen die Europäer aber *selbst dazulernen*, denn die bisherigen Bemühungen im Nahen Osten waren offenbar ein Misserfolg. Hätte man in all den Jahrzehnten klarere Bedingungen für die gewährte, umfangreiche Hilfe formuliert – welcher Fleck auf dieser Welt hat so viel Hilfe bekommen? – und konkludentes Handeln folgen lassen, wäre gerade auch den Palästinensern gedient gewesen! Befürchtet werden muss, dass erneut widersprechende Signale ausgesandt werden und z.B. Zahlungen auch dann vorgenommen werden, wenn die Empfänger sich nicht in einen verbindlichen politischen Prozess einlassen.

Wie Hamas dem Test ausgesetzt ist, so hat auch der Iran die Möglichkeit zu einer akzeptablen Politik. Auch dazu wird es allenfalls dann kommen, wenn mit großer Deutlichkeit gemeinsame, konstruktive Verhandlungsmacht von europäischer und amerikanischer Seite entgegen gesetzt wird. Klarheit des Handelns und ein attraktives Verhandlungsangebot sind am ehesten geeignet, eine Konfrontation jenseits der Diplomatie zu vermeiden. – Anmerkung: In folgenden beiden Texten (v. 1/05 und 12/04) ist ein Vorschlag entwickelt, der ventiliert werden sollte – auch wenn er der unmittelbaren Gegenwart etwas vorgreift. Titel u. Web-Adressen:

Außenpolitik – Fehler und Lehren (01/05), insbes. Kapitel: *Iran-Krise* sowie *UN-Reform*, www.wadinet.de/news/dokus/Dialog-Text.pdf ...

... in Verbindung mit dem Text: **Gerechte und zukunftsgerechte UN-Sitzverteilung** (12/04), www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf.

Hamis, Iran und der Regierungswechsel in Berlin haben es möglich gemacht, dass die europäische und deutsche Außenpolitik jetzt aus den Kleinkinderschuhen ihres Wunschdenkens und ambivalenten Verhaltens herausfindet *und dass das Interesse einer an westlichen Werten orientierten Politik über die Interessen linker Politik gestellt werden kann.*

Die Vernichtungspropagandisten des Nahen und Mittleren Ostens (s. die unbeirrten Polemiken der Hamas-Führung und des iranischen Großsprechers Ahmadineschad, um nur einige der bekannteren Beispiele zu nennen) machen es der europäischen Politik schwerer, ihre unklare Haltung beizubehalten und *folgenlosen* Dialog zu predigen. Auch im Mitte-Links-Spektrum in unserem Land ist bei nachdenklichen Menschen die „Verständnisbereitschaft“ irgendwann erschöpft, wenn ein Ignorant im Range eines Regierungschefs unselige geschichtliche Tatsachen (aus denen gelernt werden sollte) zu leugnen, zu verdrehen, zu verharmlosen sucht, oder wenn die frisch gekürte palästinensische Parlamentsmehrheit bisherige jährliche europäische Zuwendungen im dreistelligen Millionenbereich unkontrolliert und unreduziert glaubt einfordern zu können, obwohl sie andererseits nicht der Gewalt (und dem politischen Ziel der Vernichtung des Gegners) abschwört, sondern nur dem politischen Kompromiss abschwört – und dies mit Leidenschaft! Bis zum Beweis des Gegenteils, sprich: Bereitschaft zur Suche nach politischen Lösungen, scheint europäische Zurückhaltung mit entsprechend klarer Positionierung mehr als angebracht.

Leider kommt auch jetzt noch von politikwissenschaftlichen Vertretern der Linken altes, widerlegtes Denken. So hat etwa Volker Perthes – trotz der Lernchancen für die Hamas, die sich aus einer konsequenten europäischen Politik ergeben würden – kaum eine größere Sorge, als dass die Hamas sich nun massive finanzielle Unterstützung von anderer Seite besorgen könnte, mit anderen Worten, erneut soll Europa versuchen, die militanten Islamisten zu kaufen. Abgesehen davon, dass dies in all den Jahren vorher letztendlich wenig Erfolg hatte, wirft die Perthes'sche Unterstellung der Käuflichkeit doch wohl einige Fragen auf! In „*EU und Hamas haben die Chance zu lernen*“ ([www.wadinet.de/news/dokus/125 Politische-Lern-Chance-fuer-Hamas.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/125_Politische-Lern-Chance-fuer-Hamas.pdf)) habe ich das Thema mit folgendem Fazit aufgenommen: GELD wird Hamas nicht auf den Pfad der politischen Tugend und des ernst gemeinten Dialogs führen, aber der ENTZUG von Geld bedeutet eine echte Lern-Chance zum Besten der Region und der leidenden dortigen Bevölkerung. – Vgl. auch die Kritik an V. Perthes in: „*Friedrich Ebert Stiftung ohne Orientierung*“ ([www.wadinet.de/news/dokus/Friedrich Ebert Stiftung inkorrekt.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Friedrich_Ebert_Stiftung_inkorrekt.pdf)) S. 9f. [anliegend ein Textauszug: Kap. 1 der Arbeit]

Anlage A

Fritz W. Peter, *Friedrich Ebert Stiftung ohne Orientierung*, 4/2004, Einführungskapitel, S. 3

Das Wort des Ministers

Unmittelbar anschließend an die OSZE-Antisemitismus-Konferenz vom 28.–29. April 2004 in Berlin stellte sich Außenminister Joschka Fischer der Presse. Gleich die erste Frage aus dem Journalistenkreis galt einer von der Friedrich Ebert Stiftung in Beirut durchgeführten Konferenz, zu der als nahöstliche Vertreter fast ausschließlich Islamisten eingeladen waren. Auf der Konferenz suchten die Veranstalter also sicher *bewusst* und bevorzugt den Dialog mit bekennenden Islamisten. Fischer erklärte unumwunden, dass das hier vertretene Konzept der Ebert Stiftung als *"gescheitert"* gelten könne und er davon ausgehe, dass man in der Stiftung *„selber begriffen (habe), dass dieses ein untauglicher Versuch war und insofern will ich dem nichts weiter hinzufügen.“* – Die Antwort kam also ohne regierungsseitige Verklammerungen aus!

Frage des Journalisten: *„Es wurde mehrfach auf dieser Konferenz gesagt, dass der Dialog das beste Mittel ist im Kampf gegen Antisemitismus und gegen Vorurteile. Es wurde auch gesagt, Herr Fischer hat es eben nochmal ausgesprochen: Zero-Toleranz für jede Form des Antisemitismus. Meine Frage bezieht sich darauf, dass einige Wochen zuvor eine Konferenz in Beirut stattgefunden hat, wo die regierungsnaher Friedrich Ebert Stiftung eingeladen hat zu einem interkulturellen Dialog mit Hamas- und Hisbollah-Vertretern. Gibt es dort nicht in dieser gefährlichen Äquidistanz im Rahmen eines überzogenen interkulturellen Dialogs ein tatsächliches Glaubwürdigkeitsproblem?“*

Antwort Fischer: *„Ich nehme an, es geht an mich? Ja! Es war ein Versuch der Einbindung einer politischen Stiftung, die über jeden Zweifel*

erhaben ist. Und ich glaube, man kann diesen Versuch zurecht als gescheitert ansehen. An der Haltung der Friedrich Ebert Stiftung, ihrer jahrzehntelangen Haltung, glaube ich, werden Sie keine Äquidistanz entnehmen können, sondern gerade die Friedrich Ebert Stiftung unterhält innigste Beziehungen zu Israel, auch zu den jüdischen Gemeinden international, und ist an vorderster Front – wenn Sie so wollen – im Kampf gegen Antisemitismus und alle Formen des Rassismus seit Jahrzehnten. Ich denke, die haben selber begriffen, dass dieses ein untauglicher Versuch war und insofern will ich dem nichts weiter hinzufügen.“ –

Nachfolgender Text stellt ausführlich die Problematik der Beiruter Konferenz dar. Dies erscheint auch deshalb wichtig, weil seitens der Ebert Stiftung in einer Pressemitteilung im Nachgang zur Konferenz erklärt wurde, dass für Kritik am zugrunde liegenden Konzept der Konferenz kein berechtigter Grund bestehe. Von „*Untauglichkeit*“ des Konzepts also keine Rede! Desto mehr Gewicht kommt den, sagen wir, diplomatischen, aber deutlichen Worten Fischers – also aus dem zugehörigen Regierungslager – zu. Auch wenn er seine Haltung schonend vortrug, ist sie doch klar zum Ausdruck gebracht worden. Eine Präzisierung der Kritik im nachfolgenden Text wird verdeutlichen, wie berechtigt und zutreffend der in der Frage des Journalisten enthaltene Vorwurf war. Der praktizierte Ansatz der Ebert Stiftung am Beispiel der Beirut Konferenz (unscheinbar als interkultureller Dialog bezeichnet) lässt eine problematische Auffassung des eigenen demokratischen Auftrags als politischer Stiftung erkennen.

[s. Weiterführung im Originaltext,

www.wadinet.de/news/dokus/Friedrich_Ebert_Stiftung_inkorrekt.pdf

(6 Seiten Haupttext plus Anhang)]

2. Der Beginn einer rationalen und konsequenten Politik?

Eigener Leser-Kommentar zum dpa / F.A.Z.-Artikel: „*Steinmeier stößt auf Verständnis für Bedingungen an Hamas*“, 14.2.06 (umseitig wiedergegeben).
Der Textkasten enthält den Leser-Kommentar.

Leser-Kommentar, Fritz W. Peter, 14.2.06:

Hr Steinmeier macht eine gar nicht so schlechte Figur, nicht nur, aber auch, weil er im richtigen Fahrwasser segelt. Die Fahrinne definiert Fr Merkel. Während Schröder einen Kurs in Richtung Untiefen absteckte, besinnt sich sein früherer Getreue auf den Gebrauch des nüchternen Verstands.

Es muss für ihn ein ähnliches Aufatmen sein wie für unser ganzes Land, dass die Zeit einer Politik der Illusionen, befrachtet von "multipolarer" rotgrüner Ideologie, ein Ende hat und stattdessen rational getriebene, wohlabgewogene, konzeptionell und strategisch kompetente Positionen in der deutschen Außenpolitik erneut Platz greifen können.

Nüchtern-realistisch, zugleich moderat, wird derzeit das zuvor aus dem Gleis geratene außenpolitische Geschäft gemanagt. Auch wenn Hr Platzeck offenbar noch analytischen Nachholbedarf hat, zeigt sich in der SPD punktuelle Lernfähigkeit – welch eine Erlösung aus Sicht des kritischen Beobachters!

Betrachten wir den ersten Satz des FAZ-Artikels: Die amtierende palästinensische Regierung begrüßt die klare Linie der EU (Gewaltverzicht der Hamas als Vorbedingung für Gespräche und für Zahlungen). Wäre diese Äußerung jemals erfolgt, wenn Europa hinsichtlich seiner Erwartungen UNEINDEUTIG gewesen wäre?

Mit anderen Worten, man hilft den moderateren Stimmen in Nah- und Mittelost, gegen ihre militanten (nihilistischen) Konkurrenten Stellung zu beziehen, wenn man im Rahmen einer gemeinsamen und entschiedenen EU-Außen- und Sicherheitspolitik (die diesen Titel verdient) berechnete Forderungen stellt, sie ernst meint und sie auch mit Sanktionen bewehrt.

Übrigens, Iran ist ein Parallelfall!

[F.A.Z. / dpa-Artikel anliegend]

Anlage B

Text : dpa , in: F.A.Z., 14. Februar 2006

Steinmeier stößt auf Verständnis für Bedingungen an Hamas

Die amtierende palästinensische Regierung hat Verständnis für die Forderungen Europas nach einem Gewaltverzicht der Hamas als Bedingung für eine Kontaktaufnahme gezeigt. Das erklärte Außenminister Frank-Walter Steinmeier am Dienstag nach einem Treffen mit seinem palästinensischen Amtskollegen Nasser al Kidwa in Ramallah.

Zugleich habe die palästinensische Seite aber dafür geworben, daß man in dem anstehenden Prozeß vor allem das künftige Regierungsprogramm und nicht nur die dahinter stehenden Kräfte beurteile.

Bedingungen der EU akzeptieren

Al Kidwa betonte: „In der politischen Arbeit gibt es nicht nur Schwarz und Weiß, es gibt politische Optionen und man kann sich in die richtige Richtung bewegen“, sagte al Kidwa auch mit Blick auf die radikal-islamische Hamas-Organisation, die nach ihrem Wahlerfolg Ende Januar die künftige Regierung dominieren wird.

Steinmeier hatte in den Gesprächen abermals für die europäische Position geworben. Danach werde es in Zukunft nur dann Kontakte und Unterstützung geben, wenn hinter der künftigen Regierung politische Kräfte stünden, die die Bedingungen der EU akzeptierten. Dazu gehörten neben dem Gewaltverzicht die Anerkennung des Existenzrechts Israels und der bisherigen Ergebnisse im Friedensprozeß.

Treffen mit Abbas

Der palästinensische Außenminister forderte von Israel ein Ende aller Maßnahmen, die eine im Friedensprozeß vorgesehene Zwei-Staaten-Lösung unmöglich machten. So müßten die Siedlungsaktivitäten und der Ausbau der Grenzmauer gestoppt werden.

Steinmeier traf nach dem Gespräch mit al Kidwa mit Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas zusammen. Abbas ist für Israel derzeit zentraler Ansprechpartner. Bei der konstituierenden Sitzung des palästinensischen Parlamentes will Abbas am Samstag eine Grundsatzrede halten.

Nach seinen Gesprächen in Ramallah fährt Steinmeier weiter nach Jordanien, wo er den haschimitischen König Abdullah II. trifft. Den Abschluß der zweitägigen Nahostreise bildet ein Kurzbesuch in Ankara. Die Türkei hatte sich im Karikaturen-Streit um eine Mäßigung in der islamischen Welt bemüht.

3. Wiedergabe ergänzender Kommentare

Anlage C: Text im Zusammenhang einer Informations- und Unterschriftenaktion des SWC (Simon Wiesenthal Center – <http://www.wiesenthal.com>)

Anlage D: Text v. Charles Krauthammer, Washington Post, 10.2.06

Anlage C

Informations- und Unterschriften-Aktion – Simon Wiesenthal Center

Terrorist Hamas' Stunning Victory Poses a Grave Threat for Israel

Dear Felice, I'm sure you were as horrified as I was when the terrorist organization Hamas won a shocking 76 out of 132 seats and gained an absolute majority in the Palestinian Parliament.

Hamas' founding Charter states,

“There is no solution for the Palestinian question except through Jihad. Initiatives, proposals and international conferences are all a waste of time” ...

is blatant in its antisemitism, saying that Jews

“...were behind World War I ... They were behind World War II ... There is no war going on anywhere, without having their finger in it.” ...

and declares Zionism to be

“behind the drug trade and alcoholism in all its kinds.”

Beyond rhetoric, Hamas has launched thousands of terror attacks against Israel with some 50 'successful' suicide bombings that left 430 innocent Israelis dead and thousands maimed.

The Center needs you to join a massive campaign to demand that governments, international organizations and religious leaders effectively isolate Hamas from the world community unless and until it renounces terrorism and Jew-hatred, and recognizes the State of Israel's fundamental right to exist. We have already begun pressing world leaders on this critical issue.

[Please sign the Urgent-Action Petitions to U.S. President George W. Bush and European Union Secretary General Javier Solana urging them to withhold the billions of dollars of aid until Hamas lays down its arms and to stand firm in the policy that there will be no place at the table for a terrorist organization committed to the destruction of the State of Israel.](#)

[Help us carry our campaign to world capitols and decision-makers by sending a contribution to the Simon Wiesenthal Center today.](#) Your timely support is essential as Center representatives play a vital role in demanding that Iranian-backed Hamas terrorists are not bestowed with international funding and legitimacy even as they pose an existential threat to the people of Israel.

To date, despite warnings from world leaders, Hamas' top candidate has declared that the now-ruling party will continue its efforts to destroy the Jewish State. In fact, the most beloved member of Hamas' newly won parliamentary group is a woman who celebrates the 'heroism' of her three sons, each of whom became a suicide bomber.

The Wiesenthal Center was the first to translate Hamas' genocidal antisemitic Charter in 1988 and have helped debunk claims that there has ever been any structural difference between Hamas' terrorist and social activities. Today, we are using high-level contacts with leaders at the European Parliament in Strasbourg and officials in the United States and Canada, urging them to bar normal diplomatic relations with and financial support for the Palestinians until Hamas abandons its genocidal agenda against the Jewish State.

There are those who are calling for cooperation with Hamas, citing it as the Palestinians' legitimate leadership choice. Let us not forget that Adolf Hitler also gained power through Germany's democratic process.

There is no doubt that Hamas can and will utilize its control of Palestinian education and media to create new generations of youthful suicide bombers. Already, the Hamas-run summer camps teach children warfare tactics and Jew-hatred. And their charter explicitly states that Hamas aspires to "instill the spirit of Jihad in the heart of the nation so that they would confront the enemies and join the ranks of the fighters."

Now, it is time for civilized nations to suspend all diplomatic relations and stop all funding – billions of dollars in aid – of the Hamas-controlled Palestinian Authority unless and until it renounces its twin covenant of terrorism and genocidal hatred of the Jewish people.

Hamas must choose the uniform it is going to wear. They cannot be parliamentarians by day and terrorists by night. The choice is before them.

[Please join with us in making your voice heard in this crucial fight today.](#)

Die Unterschriftenliste wurde, wie im Text erwähnt dem US-Präsidenten G. Bush und dem EU-Beauftragten für Außenpolitik J. Solana übergeben. Einen politischer Dialog zum Thema dieser Aktion enthält der Text „Politischer Dialog – Inhalt oder Floskel?“, 12.2.06, www.wadinet.de/news/dokus/123_Politischer-Dialog--Inhalt-oder-Floskel.pdf

Anlage D

The Washington Post, 10.2.06, A19

Curse of the Moderates*Charles Krauthammer*

As much of the Islamic world erupts in a studied frenzy over the Danish Muhammad cartoons, there are voices of reason being heard on both sides. Some Islamic leaders and organizations, while endorsing the demonstrators' sense of grievance and sharing their outrage, speak out against using violence as a vehicle of expression. Their Western counterparts -- intellectuals, including most of the major newspapers in the United States -- are similarly balanced: While, of course, endorsing the principle of free expression, they criticize the Danish newspaper for abusing that right by publishing offensive cartoons, and they declare themselves opposed, in the name of religious sensitivity, to doing the same.

God save us from the voices of reason.

What passes for moderation in the Islamic community -- "I share your rage but don't torch that embassy" -- is nothing of the sort. It is simply a cynical way to endorse the goals of the mob without endorsing its means. It is fraudulent because, while pretending to uphold the *principle* of religious sensitivity, it is interested only in this *instance* of religious insensitivity.

Have any of these "moderates" ever protested the grotesque caricatures of Christians and, most especially, Jews that are broadcast throughout the Middle East on a daily basis? The sermons on Palestinian TV that refer to Jews as the sons of pigs and monkeys? The Syrian prime-time TV series that shows rabbis slaughtering a gentile boy to ritually consume his blood? The 41-part (!) series on Egyptian TV based on that anti-Semitic czarist forgery (and inspiration of the Nazis), "The Protocols of the Elders of Zion," showing the Jews to be engaged in a century-old conspiracy to control the world?

A true Muslim moderate is one who protests desecrations of all faiths. Those who don't are not moderates but hypocrites, opportunists and agents for the rioters, merely using different means to advance the same goal: to impose upon the West, with its traditions of freedom of speech, a set of taboos that is exclusive to the Islamic faith. These are not defenders of religion but Muslim supremacists trying to force their dictates upon the liberal West.

And these "moderates" are aided and abetted by Western "moderates" who publish pictures of the Virgin Mary covered with elephant dung and celebrate the "Piss Christ" (a crucifix sitting in a jar of urine) as art deserving public subsidy, but who are seized with a sudden religious sensitivity when the subject is Muhammad.

Had they not been so hypocritical, one might defend their refusal to republish these cartoons on the grounds that news value can sometimes be trumped by good taste and sensitivity. After all, on grounds of basic decency, American newspapers generally -- and correctly -- do not publish pictures of dead bodies, whatever their news value.

There is a "sensitivity" argument for not having published the cartoons in the first place, back in September when they first appeared in that Danish newspaper. But it is not September. It is February. The cartoons have been published, and the newspaper, the publishers and Denmark itself have come under savage attack. After multiple arsons, devastating boycotts, and threats to cut off hands and heads, the issue is no longer news value, i.e., whether a newspaper needs to publish them to inform the audience about what is going on. The issue now is solidarity.

The mob is trying to dictate to Western newspapers, indeed Western governments, what is a legitimate subject for discussion and caricature. The cartoons do not begin to approach the artistic level of Salman Rushdie's prose, but that's not the point. The point is who decides what can be said and what can be drawn within the precincts of what we quaintly think of as the free world.

The mob has turned this into a test case for freedom of speech in the West. The German, French and Italian newspapers that republished these cartoons did so not to inform but to defy -- to declare that they will not be intimidated by the mob.

What is at issue is fear. The unspoken reason many newspapers do not want to republish is not sensitivity but simple fear. They know what happened to Theo van Gogh, who made a film about the Islamic treatment of women and got a knife through the chest with an Islamist manifesto attached.

The worldwide riots and burnings are instruments of intimidation, reminders of van Gogh's fate. The Islamic "moderates" are the mob's agents and interpreters, warning us not to do this again. And the Western "moderates" are their terrified collaborators who say: Don't worry, we won't. It's those Danes. We're clean. Spare us. Please.

Vorliegender Text:

www.wadinet.de/news/dokus/126_Antwort-auf-polit-Islamismus.pdf

Weitere themenbezogene Beiträge

[eigene Texte der letzten Zeit]

EU und Hamas mit der Chance zum Lernen, 2/06

www.wadinet.de/news/dokus/125_Politische-Lern-Chance-fuer-Hamas.pdf

Der Iran. Mit Kalkül vor die Wand?, 2/06

www.wadinet.de/news/dokus/124_Mit-Kalkuel-vor-die-Wand--Teheran.pdf

Iran-Sanktionen. Nur eine virtuelle Realität?, 2/06

www.wadinet.de/news/dokus/127_Sanktionen-nicht-nur-virtuelle-Realitaet.pdf

Bleibt es bei rhetorischer statt substanzieller EU-Außenpolitik?, 3/06

www.wadinet.de/news/dokus/128_Ende-einer-nur-rhetorischen-Aussenpol.pdf

Diffamierender Journalismus – bewusst oder fahrlässig?, 2/06

www.wadinet.de/news/dokus/129_Diffamierender-Journalismus--Bsp-WZ.pdf

Toleranz und Rationalität – erkämpft und bekämpft, 2/06

www.wadinet.de/news/dokus/121_Begriff-von-Toleranz-und-Rationalitaet.pdf

Lass Gras wachsen über Grass-Zitat. Sottisen im Karikaturen-Streit, 2/06

www.wadinet.de/news/dokus/122_Lass-Gras-wachsen-ueber-Grass-Zitat.pdf

Wohin treibt Russland unter Putin?, 2/06

www.wadinet.de/news/dokus/131_Putins-Absichten--Merkels-Antworten.pdf

Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik, 10/05

www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf

Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik, 10/04

www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf

Die Irak-Erfahrung – Lehrstunde für Völkerrechtler?

Teil 1, 4/04: www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage_Irak_Teil-1.pdf

Teil 2, 8/04: www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage_Irak_Teil-2.pdf

Völkerrechtsthema Irak – Thema mit Substanz?, 10/05

www.wadinet.de/news/dokus/Irak-und-das-Voelkerrecht.pdf

From Outside the Sunni Triangle, 2/05

www.wadinet.de/news/dokus/2005-Recent_Story.pdf

Die Wahlen im Irak, Nasir Hassan, Bagdad, 2/05

www.wadinet.de/news/dokus/Die_Wahlen_im_Irak.pdf

Toleranz und Rationalität

*sind Begriffe der Aufklärung, erkämpfte Begriffe, die zu politischen Leitbegriffen wurden. Auf arabisch-islamischer Seite gelten sie als systemfremd und sind **bekämpfte Begriffe!** Ohne geistig-politische Entwicklung, **ohne säkulare Rationalität und politischen Wettbewerb in den arabisch-islamischen Ländern,** d.h. Grundvoraussetzungen wie regelmäßige Wahlen, Räte und Parlamente, Demokratieformen als Elemente und Ferment der inneren Entwicklung – ohne die Durchsetzung dieser Elemente **werden Dialog, Finanzspritzen, Wirtschaftshilfe etc. ergebnislos bleiben,** und ein Konflikttyp wie in Nahost, Irak, Iran wird zum Standardfall(!) der Beziehungen mit der arab.-islamischen Welt. Der „Zusammenprall“ (cultural clash) wird entgegen allen Bemühungen der Politik eintreten, wenn es im Gesellschaftsbild(!) der arabisch-islamischen Welt keine Weiterentwicklung gibt ...*